

Reisetagebuch 2013

Teil I Samstagabend bis Montagmorgen

Samstag, 21.9.2013

Abends kamen Eurydike und Moisis zu uns ins Hotel. Beide hatten wir letztes Jahr kennen gelernt, Eurydike war auch bei dem Gegenbesuch Ende April/Anfang Mai in Deutschland dabei. Beide sind Journalisten, aber in einer unterschiedlichen Situation. Während Eurydike ihren Job bei einer großen Zeitung noch hat, ist Moisis arbeitslos. Letztes Jahr hatte er uns erzählt, dass er einer von vielen Griechen ist, die ohne feste Bezahlung arbeiten. Seine kaum bezahlten Job bei einer kleinen Zeitung gab er im Juli auf und versucht nun irgendwas im Internet zu machen.

Moisis ist in der Journalistengewerkschaft aktiv und wurde im November letzten Jahres zur Zielscheibe der faschistischen Partei „Goldene Morgenröte“ (Chrysi Avghi, im folgenden CA abgekürzt), die ihn als jüdischen Maulwurf in der Gewerkschaft denunzierte. Eurydike kannte ihn vom Namen her, hatte auch bei den Vorstandswahlen für ihn gestimmt, traf ihn aber jetzt zum ersten Mal persönlich.

Natürlich ging unser Gespräch vor allem um den Mord an dem linken Sänger am Mittwoch, der von einem Mitglied der CA verübt wurde. Im Moment ist die öffentliche Aufregung groß, alle Zeitungen und Fernsehsender berichten groß darüber und zeigen sich entsetzt. Dabei hatten viele von ihnen in der letzten Zeit prominenten CA-lern eine Plattform geboten und z.T. offen darüber nachgedacht (wie z.B. die „Kathimerini“, so was wie die FAZ für Griechenland), dass die CA eine Koalition mit der Regierungspartei Nea Demokratia (ND)eingehen könne, wenn deren jetzige parlamentarische Mehrheit noch mehr schwinden würde. Nach dem Mord wird großes Entsetzen demonstriert und man distanziert sich allenthalben. Von der Regierung wird über ein Verbot nachgedacht, dabei würde es genügen, wie Eurydike betonte, dass man die bestehenden Gesetze anwendet, denn die CA hat in der letzten Zeit hunderte von Verbrechen vor allem gegen Migranten begangen, die aber nicht verfolgt und bestraft wurden. Würde man das tun, dann würde sich ein Verbot erübrigen. Als Beispiel für das Gewährenlassen der CA-Gangster nannte Eurydike, dass die Regierung jetzt nach dem Mord der Staatsanwaltschaft Akten über CA-Verbrechen übergeben hat, die sie seit zwei Jahren unter Verschluss gehalten hatte.

Es scheint so etwas wie ein großes Erschrecken eingesetzt zu haben, da jetzt ein populärer griechischer Sänger zum Opfer wurde, wohingegen die fast täglichen Angriffe auf Migranten durch CA-Mitglieder keinen allgemeinen Aufschrei ausgelöst hatten.

Moisis berichtete über eine gewisse Wandlung im Denken der KKE (kommunistische Partei). Bis vorletzte Woche noch waren für die KKE alle Parteien von Syriza über PASOK bis zu den Faschisten von der CA alles „Systemparteien“, die es allesamt abzulehnen und zu bekämpfen gelte. Als Moisis in der Journalistengewerkschaft einen Antrag einbrachte, der die Journalisten dazu auffordert, der CA keine Plattform zu geben, wandten sich die KKEler dagegen: Sie seien gegen „Zensur“! Als nun Anfang der Wochen KKE-Anhänger von CA-Leuten verprügelt wurden und am Mittwoch der Mord passierte, änderten sich die Aussagen. So äußerte eine KKE-Parlamentsabgeordnete im Fernsehen, dass die Mitglieder von KKE, Syriza und anderen linken Parteien gemeinsam gegen die Faschisten vorgehen müssten. Es scheint sich so langsam der Gedanke zu verbreiten, dass die Faschisten alle Linken zu ihrem Feind haben und ihnen deren Differenzen egal sind.

Moisis ist unermüdlich dabei, in seiner Gewerkschaft und darüber hinaus, für eine antifaschistische Einheitsfront zu werben, die alle einschließen soll, die die Gefahr durch die CA sehen. Jetzt nach dem Mord könnte dieses Anliegen auf größere Resonanz stoßen als bisher vor allem bei der Linken. Für viele Linke galt bisher, wie Moisis erklärte, dass man in

der Theorie von der Notwendigkeit der Zusammenarbeit überzeugt war, in der Praxis aber alles tat, um sich voneinander abzugrenzen. Diese Haltung zu überwinden hält er für die vordringlichste Aufgabe derzeit.

(Manfred)

Sonntag, 22.09.2013

Vormittag

Heute haben wir uns um 10.00 h auf der Dachterasse verabredet, um zu besprechen, wie wir unseren Tag organisieren wollen, wer eine Rede halten wird etc. Nach und nach treffen alle Mitglieder unserer Gruppe ein und die nötigen Absprachen können getroffen werden.

Ab 11.00 h treffen unsere griechischen Freund/innen und Kontaktpersonen ein: Vassia, Eyridike, Danae, Jennifer, Heike, Damon, Christos und später Yannis. Vom Nationalrat (für die Entschädigungsforderungen an Deutschland) sind außer Damon noch zwei weitere Vertreter des Vorstands gekommen.

Damon moderiert das Treffen und gibt das Wort an Andreas vom Nationalrat, einem Kardiologen, der uns begrüßt und sich für die Solidarität bedankt. Sie kämpfen für Reparationszahlungen von der dt. Regierung, erleben dabei, aber dass die griechische Regierung keinerlei Anstalten unternimmt, um diese Entschädigungen einzufordern und auch zu erhalten.

Heike Schderra bekommt das Wort und erläutert die aktuelle Situation in Griechenland. Im Moment wird alles vom Mord an Pavlos Fissas überschattet. Dabei handelt es sich nicht um den ersten Mord, der von der goldenen Morgenröte verübt wurde; anders ist, dass mit Pavlos zum ersten Mal kein Migrant, sondern ein Grieche ermordet wurde und anders ist auch, dass zum ersten Mal die Beweislage klar ist.

Heike geht darauf ein, dass die griechische Verfassung keine Parteienverbote vorsieht, aber es besteht die Möglichkeit die goldene Morgenröte als kriminelle Vereinigung zu erklären und die Spitze der Partei als Anstifter an der Ermordung zu verurteilen, was in der Konsequenz auch zum Stopp weiterer staatlicher Unterstützung führen würde.

Sie berichtet vom Streik der Lehrer/innen, der in der letzten Woche über zwei Tage geführt wurde. Sie merkt an, dass die Aktionen im Ausland als stärker wahrgenommen würden, als sie tatsächlich sind. Es gibt keine Streikkassen, so dass die Teilnahme an Streiks einen hohen Preis kostet, den sich viele aus wirtschaftlicher Not kaum noch leisten können. Bei einem Einkommen von ca. 900 Euro kostet jeder Streiktag ungefaehr 65 Euro, ein Betrag, den viele nicht mehr kompensieren können.

Vassia z.B. ist Gymnasiallehrerin. Zusammen mit ca. 3.500 ihrer Kolleg/innen ist sie in diesem Sommer an die Grundschule versetzt worden. Schulen der Oberstufe wurden

geschlossen, Fächerkombinationen und Ganztagschulen wurden abgeschafft, die Klassenstärke wurde erhöht, Förderprogramme werden ersatzlos gestrichen. Das Ministerium hat die Umstrukturierung und die Versetzung als Mobilität bezeichnet, aber im Moment weiß niemand, ob die Stellen erhalten bleiben. Das Bildungsministerium ist geschickt und greift nicht in die Struktur der beiden Schulstränge Gymnasien und Grundschulen gleichzeitig ein. Deshalb fühlen sich die Grundschullehre/innen derzeit sicher.

Ein Mitglied des Nationalrats berichtet uns von der Forderung des Rats Entschädigungsleistungen für die Opfer der faschistischen Gräueltaten von der Bundesregierung zu erhalten.

Persönlich stammt er aus Distomo, der Stätte in Griechenland, an der die deutschen Faschisten am 14.09.1943 ein Massaker verübt haben.

Bis heute gibt es keine Entschuldigung der dt. Regierung, geschweige denn Entschädigungszahlungen. Er formuliert seine Hoffnung an uns, dass wir als Botschafter zurückgehen und Entschädigungen für die Opfer einfordern.

Christos' Bericht beginnt mit der Botschaft, dass sich der Widerstand gegen die Regierung neu formiert hat. Bis zur Schließung des Senders ERT war es der griechischen Regierung gelungen, ein Bild abzugeben, indem Schritte des Aufschwungs vermittelt wurden. Nach der Besetzung des ERT und des Senders zeigt sich die Ratlosigkeit und Unfähigkeit der Regierung nur zu deutlich.

Die Regierung versteht jeden Streik als politischen Streik und nicht mehr als Arbeitskampfmaßnahme. In der Bevölkerung herrscht große Wut, die Stimmung während der aktuellen Streiks ist so gut, wie in den letzten 1 1/2 Jahren nicht mehr.

Auch er geht darauf ein, dass versäumt wurde, eine Streikkasse aufzubauen, was es erschwert den Kampf zu radikalieren.

Ausführlich geht er auf die Vorgehensweise der goldenen Morgenröte ein. Die Ermordung von Pavlos Fissas war nur einer von 4-5 Angriffen allein in der vergangenen Woche. Die Faschisten versuchen die Wut der Bevölkerung fuer ihre kranke Ideologie zu nutzen und zu manipulieren, sie bieten sich der Regierung als Koalitionspartner an.

Die Straffreiheit, das Nichtverfolgen von rechten Straftaten kann als Erlaubnis zum Mord an Pavlos Fissas gewertet werden.

Nach dem Mord und den starken Gegendemonstrationen der Linken sinkt die Attraktivität der Rechten in der Bevölkerung, liegt aber immer noch auf einem "Sympathiewert " von gut 6%. Wichtig ist es daher, den Faschisten das Rückgrat durch permanenten massiven öffentlichen Druck zu brechen.

Nachmittag

Nach den ersten Informationen fahren wir gemeinsam an den Tatort des schändlichen Mordes an Pavlos Fissas. Er liegt in einem Stadtteil von Piräus, Keratsini. Pavlos Fissas war ein Hip-Hop-Musiker, Killah P, der sich in seinen Texten gegen die Goldenen Morgenröte wandte. Ein Tisch mit Blumen ist aufgestellt worden und auch während unseres Aufenthalts am Tatort kommen immer wieder Leute aus der Nachbarschaft um Blumen und Botschaften niederzulegen. Die Stimmung wirkt bedrückt und auf den Gesichtern spiegelt sich noch immer die Fassungslosigkeit. Auf einem Transparent prangt eine Zeile aus einem alten Antifalied:

"Sie töten, die Faschisten, das lächelnde Kind"

Darunter steht: Zurück Ihr Mörder!

Rolf legt für die Gruppe rote Rosen am Tatort ab und hält eine bewegende Rede. Nach der Rede bedanken sich Anwohner bei Rolf und der Gruppe für die Solidarität. Die Ortsgruppe von Syriza lädt uns zum gemeinsamen Mittagessen ein, bevor wir ins Soziale Zentrum in Perama aufbrechen. Perama ist ein benachbarter Stadtteil in Piräus am Hafen. Das Center ist eine selbstorganisierte solidarische Struktur und existiert seit gut zwei Jahren. Babis vom Zentrum, der uns über die Situation in Perama informiert, führt aus, dass Solidarität ihre Stärke ist und dass diese Solidarität zum Sturz des Systems führen wird. Die Lage in Perama ist aufgrund des Niedergangs der Werftindustrie, die dieses Viertel prägt, dramatisch. Die Arbeitslosenrate liegt bei ca. 90%. Es fehlt an allem, auch an Nahrungsmitteln. Das Center unterstützt im Moment ca. 100 Personen mit Lebensmitteln. Es gibt Familien, in denen in den letzten 2-3 Jahren niemand auch nur einen einzigen Tag Arbeit gehabt hat. Deshalb hat die Unterstützung auch genau an dieser Stelle angefangen, damit die Menschen überleben können. Aber bei der hohen Arbeitslosenrate ist klar, dass nur ein kleiner Anteil von Familien unterstützt werden kann. 95% der Mitglieder im Center sind selbst arbeitslos. Durch illegale Stromverbindungen werden Menschen wieder ans Netz angeschlossen, denen der Strom aufgrund von ausbleibenden Zahlungen gekappt wurde. Besonders wichtig ist das bei Kranken, die dadurch eine Erleichterung ihres harten Alltags erfahren. Auch die Wasserversorgung wird in ähnlichen Fällen illegal wiederhergestellt.

Aber es werden nicht nur Lebensmittel und Energie verteilt, sondern politische und soziale Themen bewegt. Streikmaßnahmen werden gemeinsam begleitet und aktiv unterstützt. Es werden politische Werte vermittelt und die Aktiven im Zentrum berichten, dass sie sich durch ihre Tätigkeit im Zentrum selbst entwickeln. Perama ist stark von den Werten und der guten Beschäftigungsstruktur dort geprägt gewesen. Bis 2008 gab es ca. 9.000 bis 10.000 direkt Beschäftigte, bis zu 25.000 Arbeitsplätze existierten bei insgesamt, wenn man die Zulieferbetriebe mitzählt. Nach 2008 gab es immerhin noch 5.000 Arbeitsplätze, bis der Kollaps durch die Wirtschaftspolitik der Regierung eintrat. Durch die Arbeitslosigkeit leben heute viele Menschen in Perama im Elend, es gibt keine sozialen Auffangnetz, daher ist ein menschenwürdiges Leben nicht mehr möglich. Es sei nicht übertrieben, wenn man sage, es gehe um Leben und Tod!!!! Heute werden in den Werften auf Abruf bis zu 500 Arbeitnehmer benötigt, die als Tagelöhner ihr Leben fristen. Die sozialen Strukturen sind völlig zusammengebrochen, so dass der alltägliche Kampf sich darum dreht, die wichtigsten Bedürfnisse der Menschen zu decken. Leider haben die Faschisten auch in Perama die Situation nutzen können, der Anteil ihrer Anhänger wird auf ca. 11% geschätzt. Es ist daher die Pflicht der Bevölkerung in Perama den Widerstand gegen den Faschismus aufzubauen und erfolgreich zum Ziel zu führen. Es ist wichtig ihr klarzumachen, dass die Opfer gestern die Immigranten waren, heute ist es der Grieche Pavlos Fissas und morgen sind es die eigenen Kinder. Daher ist die Aufklärungsarbeit ein wichtiger Bestandteil im Kampf gegen die Faschisten.

Das Center in Perama plant eine Volksküche aufzubauen, benötigt dringend Unterstützung. Peinlich ist es unseren Gästen uns um Hilfe zu bitten. Als Manfred und Andi 1.200 Euro als direkte Unterstützung überreichen ist dies eine mehr als willkommene Unterstützung für ihre Solidararbeit.

Gemeinsam gehen wir anschließend auf das vom Center organisierte Nachbarschaftsfest, auf dem den Besucher/innen nicht nur Musik, etwas zu essen und zu trinken geboten wird sondern auch Vorträge über Veränderungen z.B. im Bildungswesen erläutert werden und ein Aufruf gestartet wird, nicht mehr benötigte Arzneimittel abzugeben, damit diese in der Sozialklinik verwendet werden können.

Alex verliest auf dem Fest eine Solierklärung der Antifaschistischen Linken Berlin ALB, in dem die Verbindung zwischen dem Mord an Pavlos Fissas und dem Mord an Silvio Meier, begangen von Neonazis in Berlin 1992, gezogen wird.

Gegen 21.00 h fahren wir zurück nach Exarchia. Die Köpfe sind voll, die Eindrücke müssen erst mal sacken. Die heutigen Erlebnisse drängen das schaurige Ergebnis der Bundestagswahl weit in den Hintergrund.

(Doris)

Montagmorgen

Christos holte uns um zehn Uhr ab und wir gingen zum Büro von „solidarity4all“. Gestern waren wir ja bei einer Solidaritätsstruktur in Piraeus-Perama, heute sozusagen im Vernetzungszentrum. Außer Christos sprachen mit uns noch zwei MitarbeiterInnen des Büros. Gleichzeitig arbeiteten in dem Büro noch vier oder fünf andere junge Leute. Letztes Jahr war ja dieses Netzwerk erst im Aufbau und es gab in Athen lediglich ein selbstorganisiertes Gesundheitszentrum, heute gibt es in Athen zehn und im ganzen Land ca. 300 solcher lokalen Zentren, die sich um Gesundheitsversorgung, um Lebensmittelverteilung bis zu juristischer und schulischer Hilfe kümmern. Die Hilfe umfasst alle, also auch Ausländer und Flüchtlinge, wohingegen kirchliche Einrichtungen sich nicht um Migranten, und staatliche Stellen sich nicht um Ausländer kümmern.

Während die einzelnen Basiszentren sich um konkrete Hilfe an ihrem Ort kümmern, organisiert das Büro in Athen internationale Solidarität, aber auch nationale Kampagnen. Z.B. die Olivenölkampagne, wobei Olivenöl bei Produzenten eingesammelt und an Arbeitslose verteilt wurde; oder die Kampagne „Bildung für alle“, wobei Schulmaterial gesammelt und verteilt wurde und gleichzeitig auf den Kampf der LehrerInnen gegen Entlassungen und die Sparpolitik im Bildungssektor aufmerksam gemacht wurde; oder auch die Kampagne gegen Wohnungszwangsversteigerungen.

Das Büro begreift sich ausdrücklich nicht als Koordinations-Zentrale, sondern mehr als Dienstleister für die einzelnen lokalen Zentren in Form von Know How beim Aufbau neuer Strukturen oder mit spezifischer Hilfe in Fragen, bei denen die lokalen Gruppen überfordert sind wie psychotherapeutischer oder juristischer Hilfe z.B.

Es gibt allerdings in letzter Zeit mehr ein Bedürfnis der einzelnen Zentren nach Koordination, was vor einem Jahr noch anders war, als das Misstrauen gegen zentrale Strukturen überwog. Mittlerweile gibt es zwei Koordinationsstellen, eine für Gesundheitszentren und eine für Lebensmittelmärkte.

Ziel des Büros ist die Vernetzung mit Basisstrukturen, die nicht Teil des alten korrupten Systems sind wie kirchliche und staatliche Einrichtungen. Solidarity4all heißt bewusst „für alle“. Dabei wollen sie, wie wir auch gestern schon erfahren, die Leute einerseits praktisch einbinden in die Arbeit, also nicht nur Almosen verteilen, andererseits politisieren, d.h. sie treten dezidiert auch politisch auf.

Manche Kommunen wollen das kopieren, sie haben ein Budget, aus dem sie Hilfsmittel finanzieren können; aber die Leute müssen ihre Berechtigung mit Steuerbescheiden nachweisen, die viele aufgrund von Schulden nicht haben, oder sie können niemand bezahlen, der ihnen eine Steuererklärung macht.

Landesweit gibt es 25 Solidaritätsstrukturen, wie sie es nennen, die sich mit dem Aufkauf von Lebensmitteln bei Produzenten beschäftigen und diese auf Märkten verkaufen. Laut einer Statistik vom Mai haben schon 32% aller Griechen einmal auf so einem Markt gekauft. Manche Produzenten geben noch was extra dazu, Käufer können mehr kaufen und einen Teil abgeben für Menschen ohne Geld.

Es ist ihnen klar, dass sie weder eine alternative Ökonomie aufbauen noch einen Ersatz für das zusammengebrochene staatliche Gesundheitswesen schaffen können. Sie sehen ihre Arbeit quasi als praktizierte Forderung nach einem anderen System. So haben z.B. zu den Gesundheitszentren alle Menschen Zugang, ob mit oder ohne Versicherung, was im regulären System nicht garantiert ist. Aber die Forderung danach liegt durch die Arbeit der Zentren als Forderung an die nächste Regierung auf dem Tisch.

Drei gewerkschaftliche Arbeiterzentren (so was wie DGB-Ortsvereine), darunter die in Livadia und Saloniki, arbeiten als Solidaritätsstrukturen, ansonsten haben die Gewerkschaften keine Solidaritätsstrukturen.

Die Solidaritätszentren haben keinen legalen Status im Sinne von staatlicher Lizenzierung. Manche Kommunen akzeptieren sie, manche nicht, dort werden sie trotzdem durchgesetzt. Uns gaben sie als Aufgabe im Ausland zu vermitteln, dass die Diskussion nicht nur um „faule“ oder „arme Griechen“ geht, sondern dass sehr viele Menschen aktiv im Widerstand organisiert sind.

Die Finanzierung des Büros erfolgt über die Sozialkasse von Syriza, die aus den 20%-Abgaben der Parlamentsabgeordneten auf ihre Diäten finanziert wird. Einen Teil dieses Geldes sowie das Geld vom Ausland, das gespendet wird, leiten sie an die örtlichen Strukturen weiter. Sie betonten, dass die Spenden vom Ausland ausreichen, um etwa 450 Familien ein Jahr über Wasser zu halten. Entscheidend seien aber die Aktivitäten vor Ort. Z.B. würden durch die Arbeit eines Zentrums in einer kleineren Stadt durch die Aktivitäten der Leute alleine 400 Familien unterstützt. Das bekräftigt, dass die entscheidende Kraft die Leute selbst sind, die sich beteiligen.

Zu dem Konflikt in dem Gesundheitszentrum in Saloniki berichteten sie, dass der Konflikt von einer Gruppe aus Deutschland hineingetragen worden sei, die Kritik daran geübt habe, dass in dem Zentrum Syriza-Leute mitarbeiteten, die doch Reformisten seien. Dieser Konflikt sei aber in einem gemeinsamen Gespräch ausgeräumt worden.

Mein Eindruck: Da ist in dem einen Jahr was entstanden, was Hand und Fuß hat. Letztes Jahr waren es noch Hoffnungen. Wenn man sich auch über die immer noch relativ kleine Dimension nicht täuschen darf, existiert heute etwas Praktisches, sehr Unterstützenswertes.

(Manfred)

Siehe zu den Hintergründen [Gegen Spardiktate, staatliche Repression und Nationalismus! Solidaritätsreise nach Griechenland, 21. bis 28. September 2013](#)